

LATEINAMERIKA

Eingreiftruppe für die Anden?

Die geplante Entsendung US-amerikanischer Soldaten nach Paraguay schürt in den Nachbarländern die Furcht vor einer militärischen Intervention in der Region. Politiker in Argentinien und Uruguay hegen den Verdacht, Washington wolle eine Militärbasis errichten, um bei Unruhen in der politisch instabilen Anden-Region rasch eingreifen zu können. Tatsächlich hat Paraguay der Bush-Regierung die Stationierung von bis zu 400 Soldaten für gemeinsame Manöver bis Ende 2006 erlaubt. Die wiederum hat dem Land im Gegenzug wirtschaftliche Vergünstigungen in Aussicht gestellt. Auch politisch umwirbt Washington Präsident Nicanor Duarte. Er wurde als erster paraguayischer Staatschef im Weißen Haus empfangen, Mitte August kam Verteidigungsminister Donald Rumsfeld zu einem Überraschungsbesuch nach Asunción. Eine Militärallianz wäre für die USA von unschätzbarem Wert: Paraguay liegt



Proteste gegen amerikanische Truppen in Asunción



Lateinamerika. Denn die meisten Länder werden inzwischen von Linken, Linkspopulisten oder Sozialdemokraten regiert, nur Kolumbiens Präsident Alvaro Uribe unterstützt die US-Regierung. Und in Ecuador, wo Washington eine Militärbasis besitzt, wächst seit dem Sturz des US-freundlichen Präsidenten Lucio Gutiérrez vor fünf Monaten der Widerstand gegen die Präsenz der Amerikaner.



darum, endlich einen verlässlichen Vertreter der Zentrale auf dem westlichsten Gouverneursposten zu wissen. Boos soll die korrupten Strukturen in der Provinz aufbrechen und verhindern, dass dort weiterhin Staatsgelder versickern. Vorab präsentierte sich der Neue wortreich als Retter des Ostseesprengels: Binnen fünf Jahren, so versprach er, würden die Kaliningrader leben wie ihre Nachbarn in Litauen und Polen, nach weiteren fünf angeblich so wie die Deutschen. Ähnliche Prognosen hatten schon seine Vorgänger gewagt, dabei liegt Kaliningrad im Pro-Kopf-Einkommen nach wie vor weit hinter Vilnius und Warschau zurück. Immerhin: Als erster Gouverneur pries Boos die „Denkmäler des Deutschen Ritterordens und der preußischen Monarchie“ im einstigen Königsberg – man müsse sie wiederherstellen, „um den Tourismus anzukurbeln“.

USBEKISTAN

Autoritärer Partner

Wegen unübersehbarer Passivität verspielt die Europäische Union ihre Glaubwürdigkeit in der zentralasiatischen Republik. Regierungstruppen hatten bei einem Massaker am 13. Mai im ostusbekischen Andischan nach Schätzungen von Bürgerrechtlern mehr als 700 Menschen umgebracht. Es habe sich um einen islamistischen Umsturzversuch gehandelt, argumentiert das Regime von Diktator Islam Karimow, das seit voriger Woche einen Schauprozess gegen die ersten 15 Angeklagten führt. Die EU-Außenminister hatten von der Regierung in Taschkent gefordert, bis Ende Juni eine internationale Untersuchungskommission in Sachen Andischan zuzulassen. Für den Fall einer Ablehnung drohte Brüssel, das Partnerschaftsabkommen mit dem 25 Millionen Einwohner zählenden Land auszusetzen. Doch das Regime lässt bislang weder eine unabhängige Untersuchung des Blutbads zu, noch war Karimow bereit, einen Menschenrechtsbeauftragten der EU in Taschkent zu empfangen. Den vollmundigen Ankündigungen der Europäer aber folgen keine Taten –

auf ihrem Treffen Anfang September hatten die EU-Außenminister das Thema einfach vertagt. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch moniert, weder die EU noch die USA würden Druck auf Taschkent ausüben, das zudem hinlänglich bekannt sei für seine Folterpraktiken. Der Grund: Das autoritäre Regime gilt als Partner der Anti-Terror-Koalition. Amerikaner und Deutsche nutzen Stützpunkte in Usbekistan für den Afghanistan-Einsatz. Die Amerikaner müssen auf usbekisches Drängen hin bis Ende Januar abziehen; die Bundeswehr, mit rund 300 Soldaten im usbekischen Termes stationiert, darf bleiben. Berlin, das zwölf Millionen Euro in die Basis Termes investiert hat, sieht keinen Grund für die Suche nach einem anderen Standort.



Angeklagte beim Prozess in Taschkent